

Zusammenhalten in Corona-Zeiten

Die Ausbreitung des Corona-Virus hält uns alle in Atem. Das öffentliche Leben ist weitgehend zum Stillstand gekommen und nahezu jeden Tag werden neue Maßnahmen verkündet, die Freiheiten einschränken und unser bisheriges Zusammenleben auf den Kopf stellen. Für DIE LINKE ist klar, dass wir Verantwortung für die Gesundheit aller tragen und Maßnahmen zur Eindämmung durchhalten müssen. Wir haben unsere Geschäftsstelle vorübergehend geschlossen und auch alle geplanten Veranstaltungen und Kundgebungen bis Mai abgesagt. Dass wir ausgerechnet im 75. Jahr der Befreiung vom Faschismus keine zentrale Kundgebung vor dem ersten befreiten Haus in Marzahn veranstalten können, schmerzt uns sehr. Stattdessen werden wir nur individuell gedenken können. Auch unser für den 1. Mai geplantes Fest in Hellersdorf werden wir nicht durchführen können. Gleichzeitig müssen wir in diesen ungewöhnlichen Zeiten achtsam sein. Zeitweise hat man das Gefühl, dass keine Maßnahme zur Eindämmung des Virus zu drastisch sein kann. Kontroverse Diskussionen sind kaum möglich. Wir müssen auch darauf achten, dass alle Maßnahmen darauf geprüft werden, welche Konsequenzen sie haben können. DIE LINKE muss dabei die Menschen im Blick haben, an die die Mehrheit nicht denkt. Was sagen wir obdachlosen Menschen, wenn es heißt, dass jetzt alle bitteschön zu Hause bleiben sollen? Was sagen wir

der Alleinerziehenden mit drei Kindern, der es nun verboten ist den nahegelegenen Spielplatz zu besuchen? Noch lange werden wir uns nicht nur mit den wirtschaftlichen, sondern auch mit den gesellschaftlichen Folgen von „Corona“ auseinandersetzen müssen.

Als Bezirksverband der LINKEN versuchen wir mit unseren Mitteln die Bevölkerung zu informieren, nicht nur über Programme und Maßnahmen des Senats und des Bezirks, sondern auch über ehrenamtliche Hilfsangebote. Solidarität ist das Gebot der Stunde! Welch tolles Zeichen, dass es gerade viele bei uns gibt, die einander regelmäßig anrufen und den Kontakt aufrechterhalten, besonders zu jenen, die in diesen Tagen alleine sind und nur wenig Kontakt mit anderen Menschen haben.

In diesen Zeiten wird auch deutlich, wie wichtig eine LINKE in Regierungsverantwortung ist. Insbesondere viele Mieter*innen, die ihren Job bereits

verloren haben oder davon bedroht sind, sind aktuell stark verunsichert. Derweil erreichten uns vor Tagen viele Anfragen von Mieter*innen der STADT UND LAND in Marzahn, die sich darüber beschwerten, dass die Wohnungsbaugesellschaft in Zeiten der Corona-Krise Mieterhöhungen, auch wenn diese rechtlich korrekt sind, verschickt. Wir hatten uns dazu an Katrin Lompscher gewandt. Die STADT UND LAND erklärte daraufhin, dass sie sich dazu entschieden hat die ausgesprochenen Mieterhöhungen zurückzunehmen und bis auf Weiteres keine Mieterhöhungen mehr vorzunehmen.

Es gibt also auch noch gute Nachrichten in diesen schwierigen Zeiten.

Lasst uns also den Optimismus nicht verlieren.

KRISTIAN RONNEBURG
Bezirksvorsitzender der LINKEN.
Marzahn-Hellersdorf

Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Dagmar Pohle: Ambulante medizinische Versorgung im Bezirk / Aus den Siedlungsgebieten / Wie geht Marzahn-Hellersdorf mit der Corona-Krise um?

Seite 3: Petra Pau: Alles anders, besser, neu? / Aus dem Bezirksvorstand / Das Beispiel Palmöl

Seite I / Seite II: BVV-Linksfraktion aktuell: • Die Fraktion ist arbeitsfähig / • Mieterhöhungen zurückgenommen • Solidarität statt Repression / • Stillstand bei den Parkarkaden

Seite 4: Regina Kittler: Soforthilfe und die Chance in der Krise / Gedenken (diesmal) anders

Seite 5: Verkehrspolitisches: I: Marzahner Knoten zerschlagen / II: RSV 9

Seite 6: Buchtipps / Sagenhaftes Jubiläum / Hinten links: Wunsch und Wirklichkeit



Wir sagen: Danke an alle Menschen, die gerade das Leben aufrechterhalten! Solidarität ist das Gebot der Stunde, daher darf es nicht bei einem Danke bleiben. Unser Gesundheitssystem muss krisenfest werden: auskömmliche Finanzierung sowie bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Gleiches gilt für alle systemrelevanten Berufe. Für eine solidarische Gesellschaft, die den Menschen und nicht Profite in den Vordergrund stellt!

Wir sind weiterhin für Sie erreichbar:

☎ 030 54 12 130

✉ bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Dagmar Pohle:**Ambulante medizinische Versorgung im Bezirk – ein Wahlkampfthema?**

Seit ein paar Wochen tourt die Bezirks-CDU durch den Bezirk und greift ein Thema auf, das viele Bewohnerinnen und Bewohner, vor allem die Älteren, umtreibt. Wie bekomme ich zeitnah in meiner Wohnnähe einen freien Termin bei einem Haus- oder Facharzt? Dazu gibt es Informationen, die die Kassenärztliche Vereinigung Berlin der CDU für ihre Veranstaltungen frei Haus geliefert hat. Gegenüber den Gesundheitsstadträt*innen war sie da in der Vergangenheit nicht immer so freigiebig.

Zum 01.07.2019 waren im Bezirk 445 Ärztinnen und Ärzte ambulant tätig, dabei ist erkennbar, dass Marzahn-Hellersdorf neben Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Neukölln bei vielen Fachrichtungen schlechter versorgt ist als die anderen Bezirke. Hier sind die Kassenärztliche Vereinigung und die Krankenkassen gefragt, denen die Planung der ambulanten medizinischen Versorgung und die Zulassung von neuen Arztsitzen obliegen. Auch brauchen wir mehr junge Leute, die nicht nur Medizin studieren, sondern dann auch in die

medizinische Praxis gehen. Und noch entfaltet ein von Herrn Czaja als Gesundheitssenator auf den Weg gebrachtes Instrument der Steuerung der Ansiedlung in unterversorgten Bezirken nur bedingt Wirkung, denn die auch schlecht versorgten Bezirke geben an noch schlechter versorgte Bezirke Arztsitze ab. 12 Versorgungsaufträge wurden im Zeitraum vom 1.7.2018 bis zum 30.6.2019 nach Marzahn-Hellersdorf verlegt, dafür wurden fünf Versorgungsaufträge in andere, weniger versorgte Bezirke verlegt.

Eine Antwort, wie die ambulante ärztliche Versorgung verbessert werden kann, sucht die CDU mit einem Antrag an die BVV, dass die Stadtplanung Räume für Arztpraxen und Polikliniken, die es in diesem Gesundheitssystem leider nicht mehr gibt, bei allen Bauvorhaben mitplanen müsste. Sie haben gefordert, dass bei Bauvorhaben mit mehr als 100 Wohnungen verpflichtend Praxisräumlichkeiten entstehen müssten. Aber fehlende Praxisflächen sind nicht unser Problem im Bezirk. In den großen Ärztehäusern, gut verteilt über den

Bezirk, gibt es z. B. viele freie Gewerbeflächen. Neu gebaute Wohnungsbaustandorte bieten auch Gewerbeflächen, neue Niederlassungen dafür sind allerdings nicht in Sicht.

In Einzelfällen habe ich als Gesundheitsstadträtin im direkten Kontakt zwischen Ärzten und Vermietern immer wieder Lösungen im Bezirk aufzeigen und finden können.

In den nächsten fünf Jahren werden ca. ein Drittel der jetzt noch praktizierenden Ärzt*innen unseres Bezirkes in den Ruhestand gehen und viele machen die Erfahrung, dass sie keine Nachfolger*innen finden. Und das, obwohl sie Praxisräume, ausgestattete Praxen und viele Patientinnen und Patienten haben, die unbedingt weiter versorgt werden wollen und sollen.

Eine bessere ambulante Versorgung bedarf einer grundlegenden Reform der Gesundheitspolitik, ohne sozial bedingte, ohne finanzielle Selektion, ohne die nach wie vor strikte Trennung der Versorgungssäulen des Gesundheitssystems. Sie bedarf eines solidarischen Gesundheitssystems!

Aus den Siedlungsgebieten:**Das Krankenhaus Kaulsdorf –****Klinik für eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung!**

Gerade in der jetzigen Zeit nehmen die gesundheitliche Vorsorge und die Heilbehandlungen in Folge des Ausbruches der Pandemie durch das Corona-Virus einen besonderen Platz in der Gesellschaft ein. In unserem Bezirk besitzen wir mit dem Krankenhaus Kaulsdorf eine wichtige Einrichtung für die stationäre und ambulante Behandlung der Patienten. In jedem Jahr

nutzen 42.000 Menschen das Krankenhaus mit seinen acht medizinischen Fachabteilungen. Insgesamt arbeiten hier 121 Ärztinnen, 303 Pflegekräfte und 111 Mitarbeiterinnen der Funktionsdienste. Von der Geburt bis ins hohe Alter. Das Vivantes-Krankenhaus Kaulsdorf steht für leistungsstarke Medizin, innovative Pflege und menschliche Zuwendung. In der modern ausgestatteten Klinik für Geburtsmedizin erblicken jährlich 1.150 Babys das Licht der Welt. In der Klinik stehen 434 Betten für die Patienten zur Verfügung. Gerade in der jetzigen Zeit sind die Beschäftigten in „systemrelevanten“ Berufen besonders gefordert. Sie dürfen sich nicht ins häusliche Umfeld zurückziehen und stehen tagtäglich zur medizinischen Versorgung bereit. In den Kliniken für Innere Medizin, für Kardiologie, Diabetologie, Geriatrie, Unfallchirurgie, Anästhesie, Radiologie, Geburtsmedizin und Psychiatrie wird die medizinische Versorgung für Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und das Brandenburger Umland gesichert. Anfang 2016 war der Umzug des ehemaligen Griesinger-Krankenhauses abgeschlossen und ein Neubau mit 164 Betten und 36 Plätzen in der Tagesklinik in das Klinikum eingeordnet. Zugleich wurde im Juli 2019 der Grundstein für ein Alterspflegeheim der Vivantes-Tochter „Forum für Senioren GmbH“ gelegt. Damit kann zusätzlich eine wohnortnahe Betreuung angeboten werden. Das Pflegeheim mit 147 stationären Pflegeplätzen soll nach aktueller Planung Mitte 2021 fertiggestellt werden. Damit wird den demografischen Entwicklungen im Bezirk Rechnung getragen. Ich wünsche uns allen, dass wir die „Corona-Krise“ überstehen und gesund bleiben!

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Bezirksverordneter

Wie geht Marzahn-Hellersdorf mit der Corona-Krise um?**Bezirksbürgermeisterin****Dagmar Pohle meldet sich zu Wort**

Wie geht unser Bezirk mit der Corona-Krise um? Ist das Bezirksamt noch offen? Und arbeiten die Politiker*innen vor Ort eigentlich noch? An wen kann ich mich wenden, wenn ich eine Frage habe? Und was können wir aus dieser herausfordernden Zeit lernen?



Nette Geste unter Nachbarn. Eine kleine Aufmerksamkeit, in den Briefkasten gesteckt, ein Gruß in Worten, vielleicht etwas Süßes dabei. Neumodisch gesagt, social distancing - soziale Distanz - üben. Aber dennoch aneinander denken.

Foto: Sabine Schwarz



Dagmar Pohle richtet sich in einem Video an die Bewohner*innen des Bezirks. Foto: Magda Albrecht

Diese Fragen beantwortet Dagmar Pohle in einem Video. Das Video ist zu finden auf linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de oder direkt auf youtube.de und dann in die Suchfunktion eingeben: „Wie geht Marzahn-Hellersdorf mit der Corona-Krise um?“

Aus dem Bezirksvorstand: **Corona Matata***

... prägte auch spätestens ab Mitte März unsere Arbeit im Bezirksvorstand (BV).

Dass bereits „etwas in der Luft lag“, ließ nicht nur die am 3. März vom Veranstalter Seebrücke Berlin kurzfristig anberaumte Demonstration für die Öffnung der EU-Außengrenzen für Migranten erahnen. Weil nicht nur einige unserer BV-Mitglieder, sondern auch der von uns für diesen Tag als Sitzungsgast geladene Landesvorstand sich sofort mit den Demonstrant*innen solidarisierten, fand unser Treffen mit dezimierter Teilnehmerzahl statt. Wir übrigen beschäftigten uns mit den finalen Vorbereitungen und Entscheidungen für die ursprünglich im April und Mai geplanten Veranstaltungen. Sowohl Abläufe, Rednerlisten und Beiträge als auch Finanzanträge hierfür wurden durch-, abgesprochen und bewilligt. Auch die Planung der für den 21. März anberaumten 2. Tagung der 7. Hauptversammlung wurde finalisierend besprochen und um die vom BV jeweils einstimmig beschlossenen Anträge „Innenhöfe für soziale und ökologische Infrastruktur nutzen“ und „Beschluss zur Vorbereitung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus (AH) und zu den BVV 2021“ erweitert. Der obligatorische Austausch mit den Gremien der Wahlkreisversammlungen, des AHs, des Landes und der Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ergaben von zuletzt genannter einen klaren Auftrag an den BV zur konkreten Organisation der Erarbeitung des bezirklichen Wahlprogrammes.

Unsere 14 Tage später stattfindende Zusammenkunft geschah dann unter völlig neuen Bedingungen. Die allgegenwärtigen Corona-Pandemieereig-

nisse haben sich auch auf unsere Arbeit sowohl hinsichtlich des Ablaufs als auch der zu behandelnden Themen ausgewirkt. Erstmals traf der BV in einer Online-Videokonferenz zusammen. Es galt umzudenken und zu überlegen, wie unter den Pandemiebedingungen unsere Mitglieder unterstützt werden können und das Parteilieben organisiert werden kann. Wir kamen überein, die Wahlkreis- und Basisorganisationsstruktur zu nutzen, um konkret telefonisch zu erfragen, wer welche Hilfe wann wie und wo benötigt. Darüber hinaus entschieden wir bewusst, diese April-Ausgabe von Marzahn-Hellersdorf links neben der Online-Ausgabe auch in gedruckter Form erscheinen zu lassen. Die Zeitung ist ein wesentliches Bindeglied zwischen unseren Genoss*innen und hilft, unsere soziale Kommunikation, aber auch die Organisation des politischen Lebens aufrechtzuerhalten. Selbstredend musste auch über Einschränkungen beschlossen werden: Am Haus des 21. April findet keine zentrale Veranstaltung statt, die Kranzniederlegung am Haus der Befreiung findet ebenso nicht als zentrale Veranstaltung statt. Das Fest zum 1. Mai wurde komplett abgesagt. Das Gedenken am 8. Mai soll vorbehaltlich der noch zu erwartenden Sicherheitsentscheidungen von Land und Bund dezentral durch die einzelnen Basisorganisationen geplant und organisiert werden.

** In Anlehnung an den Suaheli Ausspruch „haku-na matata“ mit der Bedeutung „keine Probleme“ - „Corona Matata“ = Corona-Probleme*

KARIN MÜLLER

Das Beispiel „Palmöl“

Schätzungen zufolge enthält etwa jedes zweite Supermarktprodukt in Deutschland Palmöl. Das meiste davon steckt in Lebensmitteln. Nicht nur - aber auch - in Müsliriegeln, Pizza, Fertiggerichten aller Art. Auch ein Großteil der handelsüblichen Reinigungsmittel und Kosmetika enthält Palmöl. Palmöl ist ertragreich. Der Ertrag pro Fläche übersteigt andere Ölpflanzen um ein Vielfaches: Palmfett ist preisgünstig, leicht zu verarbeiten und vielseitig einsetzbar. Deshalb ist es in der Industrie beliebt und das meist verwendete Pflanzenöl. Deutschland hat 2018 etwa 1,3 Mio. t Palmöl und Palmkernöl importiert, der Großteil floss in Biosprit, rund 25 % in Nahrungs- sowie Reinigungs- und Körperpflegemittel. Die Palmöl-Problematik hat vor allem mit dem enormen weltweiten Verbrauch zu tun. Ölpalmen werden in riesigen Monokulturen angebaut. Dafür werden sehr häufig Regenwald oder andere wertvolle Ökosysteme zerstört. Jahrhundertalter Regenwald geht unwiderrufflich verloren - mit Folgen für Böden, Artenvielfalt und Klima. Damit verschwinden wichtige Lebensräume. Seltene Tier- und Pflanzenarten werden verdrängt. Bekannt sind erschütternde

Bilder von verletzten und verstörten Orang-Utans in Indonesien, die nur symbolisch für viele weitere Tierarten, die durch den Verlust ihres Lebensraums bedroht sind, stehen. Um Platz für Ölplantagen zu schaffen, wird ursprünglicher Regenwald häufig per Brandrodung zerstört. Zudem werden Torfböden trockengelegt. Beide sind enorm wichtige Kohlenstoffspeicher. Die massive Ausdehnung der Ölplantagen führt häufig zu Landkonflikten. Kleinbauern und indigene Bevölkerungsgruppen werden von ihrem Land vertrieben, Menschenrechtsverletzungen bis hin zu Kinderarbeit sind nicht selten.

Zu den verschiedenen Zertifikaten und ihrer Wertigkeit empfehle ich die Website <https://utopia.de/ratgeber/palmoel-beim-einkauf/>

Hier findet man auch etwas zu Alternativen zu Palmöl. Allerdings bringt ein einfacher Austausch oft wenig, da andere Ölpflanzen zum Teil noch mehr Fläche verbrauchen. Das Problem Biokraftstoff macht deutlich: Es muss um eine veränderte Lebensweise gehen, der Kfz-Verkehr wird nicht „besser“, wenn er nicht auf fossilen Brennstoffen beruht.

FRANK BEIERSDORFF

Petra Pau (MdB):

Alles anders, besser, neu?

„Nein“, hatte ich mir geschworen, „alle Welt schreibt unentwegt über Corona, ich nicht!“ Nun also doch, zumindest dies:

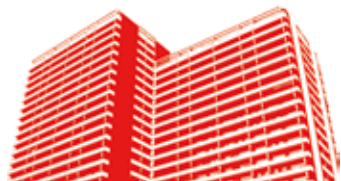
1. Was werden sie doch plötzlich gelobt: Ärzte, Krankenschwestern, Pfleger, Polizistinnen, Feuerwehrleute, Apothekerinnen, Busfahrer, Verkäuferinnen und viele andere mehr. Sie seien „systemrelevant“, heißt es allenthalben, weshalb ihnen mehr Dank und Anerkennung gebühre. Ja, ihre Leistungen werden meist unterschätzt. Aber von einem brotlosen Lob können sie sich auch nichts kaufen. Sie werden in aller Regel unterbezahlt. Daran hat sich bislang nichts geändert. Außerdem: Wie wäre es endlich mit einer ernsthaften Debatte über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) für jede und jeden?

2. Die Schätzungen überschlagen sich, was die Corona-Krise kosten könnte - hierzulande und weltweit. Die Zahlen sind utopisch. Von hunderten Milliarden, ja Billionen Euro ist die Rede. Höchste Zeit, finde ich, die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums radikal zu stellen. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) verfügt ein Zehntel der erwachsenen Bevölkerung über 60 Prozent des Vermögens, während sieben Zehntel nur auf 10 Prozent kommen. Mit Arbeit oder Leistung hat diese Ungerechtigkeit nichts zu tun. Eine radikale Umverteilung ist überfällig.

3. Und während alle Welt rätselt, woher die Unsummen zur Bewältigung der Krise kommen könnten, steht ein Bündnis wie ein Fels in der Brandung: die NATO. Deutschland müsse endlich seine Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) anheben, fordert erneut Generalsekretär Stoltenberg. Daumen mal Pi ging es dabei um ca. 40 Milliarden Euro plus - jährlich. Ich will jetzt gar nicht fabulieren, was man mit diesem Geld zugunsten der Bürgerinnen und Bürger und der Gesellschaft verbessern könnte. Aber daran sei erinnert: Die NATO-Forderungen werden stets mit einem Seitenblick wider Russland erhoben. Nur mal zum Vergleich: Die Militärausgaben Deutschlands und Frankreich addiert ergeben ca. 120 Prozent der russischen, die der USA umfassen schon jetzt das Achtfache Russlands.

4. Wie kann man jene, die von Corona betroffen sind, von jenen unterscheiden, die gesund sind? Diese Frage ruft prompt wieder viele auf den Plan, die zusätzlich persönliche Daten erheben wollen. Besondere Apps könnten Auskunft geben, per Handy ließen sich Bewegungsprofile erstellen, und so weiter. Und so warnt nicht nur Edward Snowden: Krisen aller Art werden stets genutzt, um den Datenschutz und damit die Demokratie auszuhöhlen sowie gläserne Menschen zu schaffen, Überwachung pur.

5. Schließlich: Was wird mit den vielen Flüchtlingen aus höchster Not - aus Afrika und Nahost - angesichts der Corona-Gefahren für Leib und Leben? Während allenthalben Abstandsgebote gelten, werden sie auf engstem Raum in Lager gepfercht. Ist es übertrieben, von Todesurteilen zu sprechen?



Bezirkspolitik in Zeiten von Corona: Die Fraktion ist arbeitsfähig

Das bezirkspolitische Leben geht weiter - auch wenn wir andere Wege finden müssen, um unsere Fraktionssitzungen, die Sitzungen der Arbeitskreise oder den Ältestenrat zu organisieren. Eine neue Art der Kommunikation auch für viele von uns: Telefon- oder Videokonferenzen. Erste Sitzungen haben bereits stattgefunden, andere sind bis Ende April vorerst ausgesetzt.

Bis Ende April 2020 werden die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) und ihre Ausschüsse keine regulären Sitzungen durchführen. Auch wir leisten unseren Beitrag, um die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen. Hierzu mussten zunächst keine Sonderregelungen getroffen werden. Wir nutzen die gesetzliche Möglichkeit nicht monatlich tagen zu müssen. Dennoch müssen auch die BVV'en und die darin vertretenen Fraktionen ein Mindestmaß ihrer gesetzlich vorgesehen Kontrollfunktion ausüben können. Der Ältestenrat, bestehend aus den Fraktionsvorsitzenden, der Bezirksvorsteherin, ihrem Stellvertreter und der Bezirksbürgermeisterin, wird am 20. April 2020 das nächste Mal im Marzahner Rathaus zusammenkommen. Bis dahin gibt es die Möglichkeit von Telefonkonferenzen dieses Gremiums. Wir überprüfen regelmäßig und unter Einhaltung von Sicherheitsvorkehrungen, wie wir weiter in einem handlungsfähigen Arbeitsmodus bleiben und

dann, wenn es vernünftig ist, zu einer parlamentarischen Normalität zurückgelangen.

Auch unsere Fraktion hat die notwendigen Vor-



Erste Videokonferenz als Fraktionsvorstand gemeinsam mit dem geschäftsführenden Bezirksvorsand
Foto: Magda Albrecht

aussetzungen geschaffen, um auch ohne physisches Zusammenkommen in unseren Räumen am Helene-Weigel-Platz Sitzungen der Fraktion und unserer Arbeitskreise durchzuführen. Das Fraktionsbüro ist per E-Mail:

kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de und Telefon erreichbar. Unsere Mitarbeitenden bearbeiten Anliegen von Bürger*innen und die bürotechnische Verwaltung unserer Fraktionsangelegenheiten von zu Hause aus. Diensthandys und Laptops sind ohnehin schon seit Längerem in unserer Fraktion Standard.

Die Fraktionssitzungen und die Sitzungen der Arbeitskreise werden ab sofort mit Videokonferenzen durchgeführt. Der Ältestenrat hatte festgelegt, dass diese Form der Sitzungen als vollwertig anerkannt werden. Hierbei wird durch die jeweilige Fraktionsführung eine Anwesenheitsliste eigenverantwortlich geführt. Wir stehen im regelmäßigen Austausch mit unserer Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und unserer Bezirksstadträtin Juliane Witt. Neben der Bewältigung der aktuellen Situation, bearbeiten wir mit ihnen natürlich auch die vielen anderen Themen, die das Leben in unserem Bezirk bestimmen. Von Normalität kann sicherlich keine Rede sein, aber auch unter diesen denkbar schwierigen Umständen müssen die demokratisch gewählten Gremien ihren Auftrag für die Bürger*innen wahrnehmen.

BJOERN TIELEBEIN
Fraktionsvorsitzender

Mieterhöhungen der STADT UND LAND in Marzahn werden zurückgenommen

Die Corona-Krise trifft uns alle. Insbesondere viele Mieter*innen, die ihren Job bereits verloren haben oder davon bedroht sind, sind aktuell stark verunsichert. Oberstes Ziel unserer Politik ist stets, dass die Menschen ihr Dach über dem Kopf behalten und geschützt werden.

Der Senat hat am 24. März auf Vorlage von Senatorin Katrin Lompscher und Senator Dirk Behrendt Maßnahmen zur Verbesserung des Mieterschutzes und zur Vermeidung von Wohnungsverlusten beschlossen. So sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die berlinovo bis auf Weiteres bei Mietrückständen individuelle und kulante Lösungen vereinbaren, keine Kündigungen wegen Zahlungsrückständen aussprechen und auch keine Räumungen bewohnter

Wohnungen durchführen. Mitte März sind derweil Mietererhöhungsver-



FOTO: MAGDA ALBRECHT

langen der STADT UND LAND an Mieter*innen in Marzahn verschickt worden. Dazu haben uns

viele Anfragen erreicht, wie es sein kann, dass die STADT UND LAND als städtische Wohnungsbaugesellschaft in Zeiten der Corona-Krise Mieterhöhungen verschicken kann, auch wenn diese rechtlich korrekt sind. Wir haben uns dazu an Senatorin Katrin Lompscher gewandt. Nach der Senatsbeschlussfassung hat die STADT UND LAND dann erklärt, dass sie sich dazu entschieden hat, die ausgesprochenen Mietererhöhungen zurückzunehmen und bis auf Weiteres keine Mietererhöhungen mehr vorzunehmen. Wir begrüßen diesen Schritt ausdrücklich und fordern, dass auch private Vermieter*innen diesem Beispiel folgen sollten.

KRISTIAN RONNEBURG
Bezirksvorsitzender
BJOERN TIELEBEIN
Fraktionsvorsitzender

Sanft

Im Tulpensee
ein Frühlingswind
beginnt

JANINA NIEMANN-RICH



Solidarität statt Repression – Keine Zwangsräumungen, Stromsperren und Leistungskürzungen von Menschen in Not

Soziale Ungleichheiten werden in der aktuellen Krise noch verstärkt. Daher haben wir die verantwortlichen Stellen aufgefordert, insbesondere die Bundesregierung sowie die Wohnungs- und Stromunternehmen, keine Zwangsräumungen von Wohnraum, Stromsperren und Kürzungen von Sozialleistungen durchzuführen. Wir haben ebenfalls an den Berliner Senat appelliert, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für jene Menschen stark zu machen, die jetzt von solchen Repressionen bedroht sind. Gerade in der derzeitigen Krise ist es unverantwortlich, Menschen auf die Straße zu setzen oder sie von der dringend notwendigen Stromversorgung

auszusperren.

Eine gute Nachricht in diesen Zeiten: Am 24. März ließ die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung verlauten, dass die Vollstreckung von Wohnungsräumungen und Energiesperren in Berlin weitestgehend ausgesetzt werden. Eine für den 18. März 2020 geplante Zwangsräumung in Marzahn in einer Wohnung der degewo wurde ebenfalls ausgesetzt.

Solidarität ist das Gebot der Stunde. Daher rufen wir alle Bürger*innen dazu auf, ihre Mitmenschen zu unterstützen. Rufen Sie Freund*innen, Bekannte und Verwandte an, von denen Sie wissen, dass sie allein und auf Unterstützung angewiesen sind.

Auch ein regelmäßiges Telefongespräch kann jetzt helfen, die Lage gut zu meistern. Einsamkeit ist für viele Menschen wohl eine der schwierigsten Herausforderungen in der jetzigen Situation. Sprechen Sie Nachbar*innen an und helfen Sie dabei sachlich über das Geschehen zu informieren. Korrekte Informationen sind gerade jetzt wichtig, wenn falsche Behauptungen und Halbwahrheiten kursieren.

KRISTIAN RONNEBURG, Bezirksvorsitzender
BJOERN TIELEBEIN, Fraktionsvorsitzender

Entschlossen und solidarisch gegen den Pflegenotstand!

Spätestens seit Corona wissen es alle: In der Pflege in Deutschland herrscht Notstand. In den Krankenhäusern sind Stationen unterbesetzt. Seit Jahren. Wenn die Arbeitsbelastung steigt, steigt auch das Risiko im Krankenhaus zu sterben: Etwa 15000 Menschen sterben in einem „normalen“ Jahr in Deutschland an Krankenhausinfektionen. Die Hälfte könnte durch bessere Hygiene verhindert werden. Im Alltag auf Station reicht die Zeit nicht einmal für die Desinfektion der Hände.



Pflegekräfte halten den Stress nicht mehr aus und werden krank oder verlassen den Beruf. Plötzlich werden Fragen gestellt, die viele Menschen bis ins Mark treffen: Wer bekommt ein Beatmungsgerät? Kann ich meine Krebs-Operation durchführen lassen oder wird das Krankenhaus mit Corona ausgelastet sein? Wie sicher sind meine Angehörigen? Wie sicher bin ich selbst im Pflegeheim? Werden die Pflegekräfte abgezogen und im Krankenhaus eingesetzt werden?

In der Corona-Krise sind die vielen Risse und Mängel des Gesundheitssystems und in der Pflege offensichtlich geworden. Jahrelang wurden die Krankenhäuser auf Markt und Profit zugeschnitten, es musste sich „rechnen“: Die Betten und Stationen müssen immer (fast) ausgelastet sein. Wenn der Bedarf dann steigt wie jetzt mit Corona, gibt es keine Reserven. Das ist schlechte Planung und schlechte Politik, die Tausende Menschen das Leben kosten kann.

Der Pflegenotstand ist lebensgefährlich – für die Beschäftigten und für Patientinnen und Patienten!

Hier Aufruf unterzeichnen:

<https://www.pflegenotstand-stoppen.de/aufruf-unterzeichnen/>

(Quelle: <https://www.die-linke.de/start/>)



Stillstand bei den Parkarkaden

Seit Jahren rosten und roتنen die ehemaligen Parkarkaden im Akazienwäldchen am Springpfuhl vor sich hin. Unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein hat zum aktuellen Stand beim Bezirksamt nachgefragt. Seit 2017 liegt für das Gelände eine gültige Baugenehmigung zur Errichtung von zwei Wohnhäusern mit insgesamt

gekauft wurde und nicht mit der Absicht, hier dringend benötigte Wohnungen zu bauen.

Die Linksfraktion Marzahn-Hellersdorf sieht sich somit darin bestärkt unsere Politik, öffentliche Flächen nicht an Private zu verkaufen, fortzuführen und den landeseigenen Wohnungsbaugesell-



138 Wohneinheiten und 50 Stellplätzen vor. Die geplanten Baukörper sollen mit sieben Geschossen und einem Staffelgeschoss gebaut werden.

Diese Baugenehmigung erlischt nun in diesem Jahr. Bisher hat die private Eigentümergesellschaft gegenüber dem Bezirksamt keinen Baustart angekündigt. Leider ist daher davon auszugehen, dass das Grundstück eher als Spekulationsobjekt

schaften Bauland zur Verfügung zu stellen. Durch die gültigen Verträge wird das Gelände im Akazienwäldchen weiter verfallen und ein Schandfleck in unserer Nachbarschaft bleiben. Sollte es hier wider Erwarten neue Entwicklungen geben, werden Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, umgehend informiert.

THOMAS BRAUNE
Mitarbeiter der Fraktion

Regina Kittler (MdB): Soforthilfe und die Chance in der Krise

Die Ausbreitung des Coronavirus' stellt die Gesellschaft insgesamt, aber auch jeden einzelnen Menschen vor Herausforderungen. Die Bundesregierung und der Senat haben Maßnahmen ergreifen müssen, die einen Kontakt unter Menschen, so wie wir ihn bisher lebten, stark einschränken. So sind Schulen und Kitas nur noch für eine Notbetreuung geöffnet, alle Kulturinstitutionen sind geschlossen und es haben nur noch Geschäfte geöffnet, die für die Grundversorgung notwendig sind. Viele arbeiten von zu Hause aus, andere müssen in Kurzarbeit gehen oder um ihren Arbeitsplatz bangen. Viele geraten durch die Schutzmaßnahmen vor Corona in finanzielle Nöte und sind in ihrer Existenz bedroht. Das betrifft dabei sehr häufig gerade die, die auch ohne Corona prekär leben und aufgrund eines viel zu geringen Einkommens keine Ersparnisse haben. Ihnen werden Soforthilfen des Landes und des Bundes zuteil. Das Land Berlin hat dafür bisher zwei Soforthilfepakete beschlossen, über die Betriebe der Industrie und des Handwerks zinslose Überbrückungskredite bekommen können bzw. freiberuflich Tätige, sogenannte Soloselbständige oder Kleinstbetriebe bis fünf Beschäftigte bis zu 5000 Euro einen nicht zurückzahlenden Zuschuss für einen Zeitraum von sechs bzw. drei Monaten bekommen können. Im Gegensatz zu den davon

Betroffenen gibt es Menschen, die gerade bis an die Grenzen der Belastbarkeit und oft auch schon darüber hinaus arbeiten und das sehr häufig, ohne dafür auch den entsprechenden Lohn zu erhalten. Wir alle wissen inzwischen, was „systemrelevante Berufe“ sind. Wir sollten genau das auch nicht vergessen, wenn wir diese jetzige lebensbedrohliche Krise überstanden haben. Die Chance in der Krise: Der Dank, den wir ihnen allen schulden, der muss sich auch in besseren Arbeitsbedingungen und einer gerechten Bezahlung niederschlagen. Letzteres gilt auch für die vielen Honorarkräfte, Künstler*innen und Soloselbständigen, die zusätzlich noch keine oder eine nicht ausreichende soziale Absicherung wie z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben. 30 Prozent von ihnen haben ein Monatseinkommen unter 1100 Euro.

Ein weiteres Problem wird gerade im Zusammenhang mit den Schulen deutlich. Viele von ihnen haben weder die technischen Voraussetzungen noch genügend fortgebildete Lehrkräfte, um Schüler*innen jetzt auch digitalen Unterricht bieten zu können. Viele Lehrkräfte beginnen jetzt intensiv, die Berliner Lernplattform mit ihren Schüler*innen zu nutzen. Vor der Schulschließung gab es dort 50.000 Zugriffe täglich, heute sind es eine Million. Auch liegt eine Chance in der Krise!

REGINA KITTLER, MdB

Europäische Unwerte

nicht nur osteuropäische Länder
trampeln Asylrecht nieder
halbe EU mit einem Herz
aus steinerner Unzivilisiertheit

JÜRGEN RIEDEL

„NICHTS IST LEICHTER ALS SELBSTBETRUG,
DENN WAS EIN MENSCH WAHRHABEN
MÖCHTE, HÄLT ER AUCH FÜR WAHR.“

Demosthenes (384 - 322 v. Chr.),
athenischer Politiker und Redner

Wie wir im Bezirk den 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus begehen

Gedenken (diesmal) anders

Am Abend des 21. April 1945 überschritt die 5. Stoßarmee der 1. Weißrussischen Front die östliche Grenze der damaligen Reichshauptstadt Berlin. Die Rote Armee erreichte das Gebiet des heutigen Bezirkes Marzahn-Hellersdorf. Das endgültige Ende der Nazi-Diktatur war nur noch eine Frage von Tagen.

Das „Haus der Befreiung 21. April 1945“ kennzeichnet, wo die Rote Armee die Stadtgrenze erreicht hat, und gilt uns heute als ein Denkmal.

Im Jahr 2002 war ich mit Sabine Schwarz, damals Bezirksvorsitzende der PDS, und einem Pressefotografen an dem Haus in der Landsberger Allee 563. Wir legten Blumen nieder und beschlossen, das Gedenken künftig würdiger zu gestalten. Es wurde alljährlich ein wichtiger Termin unserer Bezirksorganisation, nicht allein für Genossinnen und Genossen.

So hieß es 2010 in einem Aufruf: „Marzahn-Hellersdorf sagt DANKE, THANK YOU & MERCI. Wir möchten den anstehenden Jahrestag gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, mit antifaschistischen Initiativen und Projekten, mit demokratischen Parteien und Zeitzeugen begehen. (...) Wir möchten an diesem Tag an die Verbrechen der Nazis erinnern und den Soldatinnen und Sol-

daten der Befreiermächte danken. Wir möchten der Opfer der 12-jährigen NS-Herrschaft gedenken und uns gemeinsam gegen jede Form von neu aufkommendem Nationalismus, gegen Rassismus, die



FOTO: Y. RAMI

Herabwürdigung anderer Völker und Kulturen, gegen Fremdenfeindlichkeit, für ein friedliches und respektvolles Miteinander aller Menschen in der heutigen Bundesrepublik Deutschland ein-

setzen. UnterzeichnerInnen: DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, Bündnis 90/Die Grünen Marzahn-Hellersdorf, SPD Marzahn-Hellersdorf, Antifaschistisches Bündnis Marzahn-Hellersdorf.“

Später ging leider die Kultur der gemeinsamen Einladung verloren. Das sollte uns nicht daran hindern, die Veranstaltung wieder gemeinsam zu gestalten.

Für dieses Jahr waren die Vorbereitungen getroffen: Mehrere Botschaften hatten ihre Teilnahme zugesagt, die demokratischen Parteien und Organisationen im Bezirk waren eingeladen. - Den Grund für die notwendige Absage kennen alle.

Aber es gibt eine andere Möglichkeit des würdigen Erinnerns: Wir können - allein oder zu zweit - vom 21. April bis 8. Mai an den mehr als 50 Gedenkorten im Bezirk - zum Beispiel an Denkmälern und „Stolpersteinen“ - gedenken. Und das werden bestimmt viele Linke tun. Zum 75. Jahrestag der Befreiung wird es ein besonderes Gedenken sein, ein stilles Gedenken.

Wir bekunden: DANKE, THANK YOU & MERCI.
Und: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

MARINA RICHTER-KASTSCHAJEWA
Stv. Bezirksvorsitzende

Verkehrspolitisches I: Marzahner Knoten zerschlagen?

Im Jahr 1977 stellte die DDR für den neuen Marzahner Stadtteil eine innerstädtische Autobahnschleife fertig: Unten liegen zahlreiche Eisenbahn- und S-Bahn-Schienenstränge sowie die sechsspurige Märkische Allee, oben die Landsberger Allee, verknüpft durch zahlreiche Auffahrtrampen und -schleifen, mit Nebenanschluss-Stelle Werkzeugmaschinenfabrik, heute Knorrbremse, außerdem entlang der Landsberger noch eine neue Straßenbahntrasse. Heute gilt dieser „Marzahner Knoten“ trotz moderner Navi-Systeme als Irrgarten, außerdem sind einige Brücken in marodem Zustand, durchgehende Rad- und Gehwege fehlen.

Also Neubau. Eine erste Bürgerveranstaltung zum Senatsprojekt fand im überfüllten größten Saal des UCI-Kinos Le Prom im Februar statt. Die vorgestellte Zeitschiene: 2016 Planungsstart, Anfang 2022 Beräumung der künftigen Baustelle, Ende 2022 Baubeginn und Ende 2028 Fertigstellung. Der komplette Neubau der Straßen- und Brückenlösung für die Landsberger und die Tram-Trasse soll in Höhe der Überführung der Märkischen Allee etwa den Bereich der heutigen Südfahrbahn einnehmen, wird also schlanker. Während der Bauphase werden Komplettsperren des Marzahner Knotens zwar ausgeschlossen, gleichwohl werden Umleitungen zum Beispiel über die Allee

der Kosmonauten oder die Bitterfelder und Gehrenseestraße eingerichtet. Die Anforderungen des Berliner Mobilitätsgesetzes von 2018 sind eindeutig: Vorrang für ÖPNV, Radverkehr und Fußgänger vor dem Autoverkehr, sichere Wege für alle Verkehrsteilnehmer. Die spannende Frage: Wie also wird das jetzt umgesetzt beim Neubau des Marzahner Knotens? Erst mal versprechen die Planer, dass das ÖPNV-Angebot, hier also besonders die S-Bahn sowie die Tram nach Marzahn, bis auf baubedingte Unterbrechungen an Wochenenden oder nachts, erhalten bleibt. Während die Tram-Brücken erneuert werden, wird die Straßenbahn auf die neugebauten nördlichen Straßenbrücken über den Schienensträngen verschwenkt. Zum anderen werden nach dem Umbau im Unterschied zur jetzigen Situation Fußgänger und Radfahrer den Knoten in allen Richtungen sowie bei den Zugängen zur Tramhaltestelle „Knorrbremse“ auf sicheren barrierefreien Gehwegen und Radstreifen passieren können.

Für alle Verkehrsteilnehmer heißt das zugleich: Zwei neue Ampelkreuzungen auf der Landsberger Allee regeln das gefahrlose Abbiegen und Aufbiegen von und nach der Märkischen Allee sowie zur Knorrbremse. Die Märkische Allee behält je zwei durchgehende Nord-Süd-Fahrbahnen (bisher drei) sowie Fuß- und Radwege unter den Brücken, frei

von Ampeln. Die kritischen Nachfragen der anwesenden Autofahrer konzentrierten sich denn auch auf die Verlangsamung des Autoverkehrs durch Ampeln und damit erhöhte Staugefahr im Berufsverkehr. Die Nachfragen der Radfahrer und ÖPNV-Nutzer zielten auf die Breite der Radstreifen, die Beschaffenheit der Rampen und die notwendige Verdichtung der Takte der Bahnen. Hier waren die Antworten der Planer eindeutig, Veränderungen im Sinne des Mobilitätsgesetzes seien für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer wichtig. Zusätzliche Lärmschutzanlagen für die Anwohner sind nicht vorgesehen.

Einige Befürchtungen wegen gleichzeitiger Baumaßnahmen im Umfeld, so an den Wuhlestraßen-Brücken im Zuge der Märkischen Allee, konnten nicht zerstreut werden. Man müsse eben in Berlin viele Anstrengungen gleichzeitig unternehmen, um den jahrelangen Sanierungsstau abzubauen. Im Übrigen werde die Bewerbung jedes Hochbauingenieurs von der Senatsverwaltung mit Kusshand angenommen. Diese lockere Bemerkung am Ende der Veranstaltung vom Podium in Richtung des Publikums machte deutlich, dass die genannten Baufristen und die bisher errechnete Bausumme von 82 Mio. Euro noch unter vielen Vorbehalten stehen.

U. CLAUDER

Verkehrspolitisches II: RSV 9 erreicht den Bezirk

Also zunächst nicht die Radschnellverbindung (RSV) Nummer 9 selbst, die wird bestenfalls in fünf oder sechs Jahren gebaut, sondern die Diskussion darüber erreichte den Bezirk: Nur wenige der auch eingeladenen Lichtenberger fanden den Weg nach Hellersdorf, aber die unmittelbaren Anwohner besuchten die Veranstaltung im Tourismuszentrum am Jelena-Santic-Friedenspark Ende Februar recht zahlreich. Eingeladen zum Meinungsaustausch hatte die zuständige Verkehrsverwaltung des Senats, Staatssekretär Ingmar Streeße begrüßte dann auch das Publikum. Die eigentliche Vorstellung der Planungen oblag den verantwortlichen Firmen Ramböll (Dänemark) und EIBS, Bauherr ist die stadteigene Infravelo GmbH. Radschnellverbindungen sind kreuzungsarme, beleuchtete und zügig zu befahrende Radwege (das Berliner Flachland lässt 22 km/h als Plangröße zu) mit mindestens 3 km Länge in der City und mindestens 5 km Länge im Außenbereich, 3 Meter Breite je Fahrspur oder 4 Meter, wenn beide Richtungen erfasst sind. Sie sollen im Sinne des Berliner Mobilitätsgesetzes nach dem Vorbild der Skandinavischen und Holländischen Vorreiter-Metropolen vorhandene Stadtkorridore besser nutzen. Eine Radspur hat dreimal mehr Kapazität als eine Autospur, sie kann also die Aufenthaltsqualität an städtischen Verkehrsachsen verbessern, wenn der motorisierte Verkehr zurückgedrängt wird und Konfliktzonen mit Fußgängern bei ihrer Gestaltung minimiert werden. Der RSV 9 ist mit 40 km Länge das

größte Radprojekt Berlins, es verbindet künftig Spandau mit der Stadtmitte und Hellersdorf. Nach Abschluss der Planungen soll ab 2024 gebaut werden, na schau'n wir mal ...

In drei Paneldiskussionen konnten die Besucher



Rot gekennzeichnete Vorzugsvariante des RSV 9 in der bisherigen Planung

ihre Meinungen zur vorgeschlagenen Strecke äußern. Es stellte sich heraus, dass die präferierte Route insgesamt auf Zustimmung stieß. Im Bezirk heißt das: Brückenneubau neben der südlichen Fahrspur über den Marzahn-Hohenschönhausener Grenzgraben am Park Herzberge, Umbau der Allee der Kosmonauten durch beiderseitige Radwege und Verringerung auf je eine Autospur, Umwandlung der Eitelstraße und des Kornmandelwegs in

Radstraßen, Ertüchtigung der Cecilienstraße ab Blumberger Damm ostwärts, der Hellersdorfer Straße zwischen Cecilienstraße und Helle Mitte sowie der Böhlener Straße bis U-Bahnhof Hönow durch den Bau beiderseitiger Radspuren, den Bau des RSV 9 nördlich an der U5 zwischen Helle Mitte und Louis-Lewin-Straße.

Kontroverse Diskussionen konzentrierten sich auf mögliche Abkürzungen im Park Herzberge, am Abschnitt zwischen Cecilienstraße und Feldberger Ring durch das Wuhletal oder die vom ADFC angeregte Verlagerung des RSV 9 auf die Südseite der U5 am Hellersdorfer Graben zwischen Cottbusser Platz und Hönow. Hier wurden Bedenken der Naturschutzämter und des Nabu aufgenommen, die breite beleuchtete und asphaltierte Radschnellwege in schützenswerten Grünbereichen ablehnen. Viele Fragen gab es zu den Anbindungen des Radweges entlang der U 5 Richtung Tierpark, eines künftigen Radschnellwegs entlang der Tangentialen Verbindung Ost und der Märkischen Allee. Die zuständigen Verwaltungen

versicherten, dass neben dem Projekt RSV 9 auch die „konventionelle“ Radinfrastruktur in diesen Bereichen und entlang der Landsberger Allee ausgebaut werde. Anregungen des ADFC betrafen auch die Einbeziehung der Rieser Straße in den RSV 9, um eine bessere Anbindung dicht besiedelter Brandenburger Nachbargemeinden zu ermöglichen.

U. CLAUDER

Buchtip: Zweimal Deutschland - Soziale Politik in zwei deutschen Staaten

Auch wenn unsere Aufmerksamkeit derzeit von existentiellen Bedrohungen gefesselt wird und ich Ihnen und Euch in dieser Situation vor allem Gesundheit wünschen möchte, bleiben die Probleme der deutschen Gesellschaft, ihrer Entwicklung, ihrer Geschichte und ihrer Konflikte weiter bestehen.

Das gilt erst recht im 30. Jahr der Herstellung der deutschen Einheit, den Sorgen um das politische,

Schlussphase der Herstellung dieses Buches plötzlich verstorbenen Reiner Zilkenat herausgegebene Werk konnte auf eine Konferenz im November 2019 zurückgreifen, die das Berlin-Brandenburger Bildungswerk e.V. mit seinem Zeitgeschichtlichen Archiv, der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. und die Helle Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin durchgeführt hat. Das Buch geht aber über eine Konferenzdokumentation hinaus, es konnten weitere Autoren und Autorinnen gewonnen werden und die Beiträge sind mehr als nur Redemanuskripte. Es umfasst Beiträge von 25 renommierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit ost- wie westdeutscher Sozialisation, die das Werden der beiden deutschen Staaten, ihre Doppelbiografie und ihre Zweistaatlichkeit beleuchten, aber einen besonderen Blick auf eine weit gefasste Sozialpolitik in diesen Staaten werfen.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine

nachdenkliche Lektüre, ein Weiterempfehlen dieses Buches und Anregungen für politische wie bildungspolitische Arbeit, sicher auch die Möglichkeit, Autoren einzuladen, wenn dies wieder möglich wird, und anregende Rezensionen.

Das Buch ist erhältlich über den Verlag edition bodoni: www.edition-bodoni.de. Bestellungen bitte an: info@edition-bodoni.de und über den stationären sowie Internet-Buchhandel.

STEFAN BOLLINGER

*Stefan Bollinger / Reiner Zilkenat (Hrsg.):
Zweimal Deutschland - Soziale
Politik in zwei deutschen Staaten - Herausforderungen, Gemeinsamkeiten, getrennte Wege
edition bodoni - 520 Seiten - 22 Euro ISBN
978-3-947913-08-4*



demokratische Zusammenwachsen dieses Landes und dem Erstarren von rechtsradikalen, teilweise faschistoiden Kräften in ganz Deutschland, aber besonders auffällig und politisch wirksam in den östlichen Bundesländern.

Ich kann hier unser Buch empfehlen, das sich mit der widersprüchlichen, aber eben auch gemeinsamen und wechselwirkenden Entwicklung der beiden deutschen Staaten nach 1945 bzw. 1949, aber auch den Problemen der Transformation zu einem einheitlichen Deutschland auseinandersetzt. Das von mir gemeinsam mit dem leider in der

Sagenhaftes Jubiläum

Bei bester Gesundheit konnte Margarete Knapp am 29. Februar dieses Jahres ihren 108. Geburtstag feiern. Ja, geboren noch vor dem 1. Weltkrieg, im Jahr 1912, hat sie als Kind diesen und als Erwachsene den 2. Weltkrieg miterleben müssen, danach in der DDR gelebt, unter anderem im Kulturbereich gearbeitet. Musik war ihre ständige Begleiterin, sie erlernte selbst das Geigenspiel und hat uns bereits anlässlich ihres 100. Geburtstages im Jahr 2012 aus ihrem bewegten Leben erzählt. Wer das nachlesen möchte, kann dies

tun. In Ausgabe 4-2012 dieses Infoblattes, Seite 2, ist darüber zu lesen: https://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/fileadmin/marz-hell/Bezirksverband/MaHeLi/maheli2012_04_web.pdf. Nochmals, wenn auch nachträglich, alles, alles Gute, liebe Margarete Knapp!



Zu den diesjährigen Gratulanten gehörten Juliane Witt, Bezirksstadträtin (Foto rechts), und Kristian Ronneburg, Bezirksvorsitzender der LINKEN, Marzahn-Hellersdorf (Foto links). Und natürlich Freunde, Genossinnen und ihre sie immer noch liebevoll unterstützenden früheren Nachbarn aus Treptow, die ihre Familie sind. Fotos/Text: Y. Rami

Hinten links:

Wunsch und Wirklichkeit

Wie weit beides auseinander klafft, dürfte in Zeiten von „Corona“ allen bewusst geworden sein.

Nicht nur in Deutschland gingen Fähigkeiten verloren. Wider besseres Wissen bereitete sich kaum eine Regierung auf eine solchartige Pandemie angemessen vor – die Bevölkerung erst gar nicht.

Die Bundeswehr soll die Befähigung zur Landes- und Bündnisverteidigung bis 2032 wiedererlangen – ein extrem langwieriges Paket.

Als die größte zu überwindende Hürde dahin sieht der Inspekteur der Streitkräftebasis, Generalleutnant Schelleis, den hierzulande herrschenden „Unwillen, sich mit unangenehmen Dingen auseinanderzusetzen“.

Frage

Inwiefern wird die sich global verschärfende Lage nachhaltig zu einem gesamtgesellschaftlichen solidarischen Zusammenrücken beitragen?

R. RÜDIGER

Geschäftsstelle / Linker Treff

Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Sie erreichen uns auf diesen Wegen:

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Telefon: 030 5412130 / 030 9953508

Impressum Marzahn-Hellersdorf *links*

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrer Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 02.04.2020. Auslieferung ab 07.04.2020

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf *links* wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächste Ausgabe erscheint am 05.05.2020 (Anlieferung aus Druckerei).